



Die Kosten, das große Geschäft und die Rentenlüge in dieser Völkerwanderung

Die Ausgaben für diese Völkerwanderung steigen ins unermessliche

Der Ökonom Matthias Lücke vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) schätzt die jährlichen Kosten für den Flüchtlingszustrom allein in Deutschland auf 45 Milliarden Euro im Jahr. Der Berechnung liege die Annahme zugrunde, „dass pro Jahr eine Million Flüchtlinge ankommen und es im Durchschnitt drei Jahre dauert, bis sie entweder in den Arbeitsmarkt integriert sind und für sich selbst sorgen oder ins Heimatland zurückkehren“, erklärte ein Sprecher des IfW. Im Asylsystem müssten also im dritten Jahr drei Millionen Menschen versorgt werden.

„Bei vorsichtig geschätzten jährlichen Kosten von 15.000 Euro pro Person für Nahrung, Unterkunft, den täglichen Bedarf, Gesundheitsdienstleistungen und Integrationsmaßnahmen würden die Gesamtkosten 45 Milliarden Euro jährlich betragen“, rechnet Lücke vor. Ein so hoher Betrag könne kaum ohne empfindliche Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen aufgebracht werden, sagte der Professor. Diese Zahl nannte der Experte für Armutsminderung und Entwicklung am Mittwoch auf dem Global Economic Symposium des IfW. Er rechne daher mittelfristig mit Steuererhöhungen infolge der Flüchtlingskrise.

Die jährlichen Kosten von 45 Mrd. Euro machen dann 15% des aktuellen Haushaltes aus!

Ist sich die Berliner Politik und das Gutmenschentum eigentlich im Klaren was diese Größenordnung bedeutet? Offensichtlich nicht. Die deutsche Wiedervereinigung kostete über 1 Billionen Euro. Die Kosten dieses Staatsversagens sind vom gleichen Kaliber. Dabei sind die finanziellen und gesellschaftlichen Verwerfungen unserer Gesellschaft noch nicht mal zu erahnen.

Ab 2016 beginnt die Familienzusammenführung der anerkannte Asylbewerber von 2015. Bei nur angenommenen 40% von 1 Mio. Einwanderern in 2015 haben 400.000 anerkannte Asylbewerber Anspruch auf Familienzusammenführung.

Allein dies sorgt für einen zusätzlichen Schub von mind. 1,2 Mio. Menschen bei einem angenommenen Faktor 4 (1 Familie = 4 Pers.) zusätzlich zu den Kommenden von ca. 1 Mio.

Daher kann man ab 2016 von einer jährlichen „Einwanderungsquote“ von mind. 2,2 Mio. Menschen sprechen, die nach Deutschland kommen.

Bei jährlich angenommenen 15.000 Euro pro Person mal 2,2 Mio. Einwanderern ab 2016 betragen die jährlichen Kosten dieser Völkerwanderung dann sage und schreibe 99 Mrd. €. Das sind 33% unseres aktuellen Bundeshaushaltes!

Die Kosten dieser Völkerwanderung sind nicht erwirtschaftet worden. Sie müssen mit zusätzlichen Steuern und Schulden finanziert werden. Die Schuldenberge von Bund, Ländern und Kommunen werden ins unermessliche steigen!

In 2020 werden dann wohl locker 85 Mio. Menschen - in 2025 über 90 Mio. - in unserem Raum, der z. Zt. noch Bundesrepublik Deutschland heißt, wohnen!



Das Milliardengeschäft mit den Flüchtlingen

Reich werden mit Armut. Das ist das Motto einer Branche, die sich nach außen sozial gibt und im Hintergrund oft skrupellos abkassiert. Die deutsche Flüchtlingsindustrie macht jetzt Geschäfte, von denen viele Konzerne nur träumen können.

Es sind nicht nur Betreuer, Dolmetscher und Sozialpädagogen oder Schlepper und Miet-Haie, die davon profitieren. Die ganz großen Geschäfte machen die Sozialverbände, Pharmakonzerne, Politiker und sogar einige Journalisten. Für sie ist die Flüchtlingsindustrie ein profitables Milliardengeschäft mit Zukunft.

Es ist an der Zeit auch mal über die Profiteure der Flüchtlingswelle zu sprechen.

Jeder neue Zuwanderer bringt der Asyl-Industrie Gewinn. Wer die Zustände bei der Asylpolitik verstehen will, der kommt um unbequeme Fragen nicht herum.

Was wir uns beispielhaft mal unbedingt fragen sollten:

1. Wie viel gewinnorientierte Aktiengesellschaften / Kapitalgesellschaften verdienen an Flüchtlingen? - z. Bsp.: Caterer-, Security, Liegenschaften ... -
2. warum die Pharmaindustrie wegen der vielen Flüchtlinge mit einem Umsatzplus in Milliardenhöhe rechnet?
3. warum Polizisten und Journalisten einen Maulkorb beim Thema Kriminalität von Asylbewerbern verpasst bekommen haben?
4. warum viele Politiker nebenberuflich Posten in Organisationen haben, welche Unterkünfte von Asylbewerbern betreiben (Sozialverbände)?
5. warum Parteien über die Betreuung von Flüchtlingen eine illegale Parteienfinanzierung betreiben?
6. warum Journalisten für tränenreiche Geschichten über Asylbewerber geschmiert werden?
7. warum die Bundeswehr insgeheim schon jetzt künftige Kampfeinsätze probt, um die innere Sicherheit gewährleisten zu können?
8. warum die Immobilienpreise in der Umgebung von Asylunterkünften fallen?
9. warum die Bremer Flüchtlings-Großfamilie Miri pro Jahr 5,1 Millionen Euro an Sozialhilfe erhält und zugleich noch mindestens 50 Millionen Euro im Rauschgifthandel erwirtschaftet?
10. warum die 3000 Moscheen in Deutschland beim Flüchtlingsstrom aus Nahost und Nordafrika wegschauen und das Helfen lieber christlichen Organisationen überlassen?



Wie schon bei den Gastarbeitern: Den Flüchtlingen droht Altersarmut

Sanieren die Flüchtlinge langfristig unsere maroden Rentenkassen?

Leider nein - die Altersarmut wird wachsen.

Politiker neigen zu Aussagen, die wie in Stein gemeißelt klingen. „Die Rente ist sicher“ von Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) war so eine. Dabei ist, wie wir längst wissen, nur sicher, dass die Rente am Monatsende kommt. Wie hoch sie eines Tages sein wird, darüber können jüngere Beitragszahler nur rätseln.

Thomas Oppermann, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, hat jetzt ebenfalls einen monumentalen Satz in die Welt gesetzt: „Viele Flüchtlinge werden eines Tages die Rente für die heutige Erwerbsgeneration zahlen“. Da möchte man laut „bravo“ rufen. Falls Oppermann Recht hat, dann steht es um unsere Rentenkassen um so besser, je mehr Flüchtlinge zu uns kommen. Schöne heile Welt, schöne heile Wunschwelt.

Was Oppermann ausdrückte, war allenfalls ein Wunsch, aber keine gesicherte Prognose. Damit seine Wunschvorstellung Wirklichkeit wird, müsste eine unabdingbare Voraussetzung erfüllt sein: Die Flüchtlinge von heute müssten im selben Umfang arbeiten, wie die hier Lebenden. Derzeit beträgt die Beschäftigungsquote knapp 78 Prozent.

Das heißt, 78 von 100 bei uns lebenden Menschen im Alter von 20 bis 64 Jahren gehen einer bezahlten Beschäftigung nach.

Diese Quote wäre noch höher, wenn Zuwanderer im selben Umfang arbeiteten wie Einheimische. Bei den Zuwanderern liegt die Beschäftigungsquote aber nur bei 50 Prozent. Dass sich diese Quote deutlich erhöhen lässt, ist jedoch zweifelhaft. Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) schätzt, dass nur jeder Zehnte der in diesem Jahr ankommenden Flüchtlinge sofort ausgebildet oder in den Arbeitsmarkt integriert werden kann.

Dass es bei einer so großen Zahl an Zuwanderern nicht leichter sein dürfte als in der Vergangenheit, diese auszubilden und auf zumindest durchschnittlich bezahlte Arbeitsplätze zu bringen, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Natürlich werden sich viele Flüchtlinge integrieren und einen Teil dazu beitragen, den bereits eingetretenen Fachkräftemangel zumindest abzumildern. Manche werden in zehn oder zwanzig Jahren Führungspositionen bekleiden, Unternehmen gründen, Arbeitsplätze schaffen.

Doch bedürfte es schon eines wahren Wunders, damit die 70 Prozent der Flüchtlinge ohne Berufsausbildung oder eine bei uns gefragte Qualifikation tatsächlich das Bruttoinlandsprodukt steigern und die Rentenkasse füllen.

Wer jedoch nicht arbeitet oder nur eine gering bezahlte Tätigkeit ausübt, kann auch die Rentenkasse nicht entlasten.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung

am 29. Oktober 2015



Die Wahrscheinlichkeit einer Entlastung für die Rentenkasse ist also nicht sehr hoch. Im Gegenteil: Durch den ungebremsen Zustrom an Flüchtlingen droht eine erhebliche Belastung – nicht nur bei ihrer Aufnahme, Versorgung und Unterbringung, sondern auch mit Blick auf ihre Altersversorgung.

Und das aus zwei Gründen: Die meisten Flüchtlinge werden eher unterdurchschnittlich bezahlte Jobs finden und folglich nur geringe Beiträge leisten. Wer 30 Jahre und älter ist, kann es zudem gar nicht mehr schaffen, auf 40 oder gar 45 Jahre „Beitragsjahre“ zu kommen.

Bei sehr vielen Flüchtlingen wird es deshalb zu einer negativen Kombination aus zu kurzen Beitragszeiten und zu geringen Beitragsleistungen kommen. Nach Berechnungen des Arbeitsministeriums kommt ein Arbeitnehmer nach 45 Jahren Vollzeitbeschäftigung zu einem Stundenlohn von 11,50 € auf einen Rentenanspruch auf dem Niveau der Grundsicherung von durchschnittlich 769 € im Monat. Die meisten Flüchtlinge werden nicht einmal das erreichen.

Daraus folgt, dass diese Flüchtlinge im Alter von ihrer Rente nicht leben können, dass ihnen Altersarmut droht. Die Flüchtlinge von heute werden also zu einem hohen Prozentsatz die Grundsicherung beanspruchen. Der Freiburger Rentenexperte Professor Bernd Raffelhüschen dazu: „Die Altersarmut wird stark steigen. Doch die Altersarmut ist kein deutsches Phänomen, sondern wird ein Zuwandererproblem.“

Dass die Grundsicherung nicht aus der Rentenkasse, sondern aus Steuermitteln finanziert wird, hat immerhin einen Vorteil: sie belastet die Rentenkasse nicht zusätzlich.

Wer dies als Schwarzmalerei abtut, dem sei ein Blick auf die Lage der ehemaligen Gastarbeiter empfohlen, die in den sechziger und siebziger Jahren aus Südosteuropa in die Bundesrepublik geströmt waren. Die hatten alle Arbeit, aber es waren eher die einfachen, schlecht bezahlten Tätigkeiten.

Nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung kamen diese Migranten im Jahr 2012 auf eine monatliche Rente von 789 Euro bei einer Durchschnittsrente von 1109 Euro für Männer. Dementsprechend hoch ist die Armutsgefährdung der einstigen Gastarbeiter: sie liegt bei 42 Prozent.

Wie schön wäre es, wenn Thomas Oppermann Recht hätte: Die Flüchtlinge helfen unseren Wohlstand zu mehren und die Jüngeren unter ihnen sowie die Kinder der Älteren finanzieren die Renten der bereits hier Lebenden.

Zu befürchten ist das Gegenteil: Die Beitragszahler finanzieren die Renten ihrer Eltern, müssen angesichts des ihnen drohenden geringen Rentenniveaus noch zusätzlich privat vorsorgen und bekommen als zusätzliche Last die Versorgung alter Flüchtlinge aufgebürdet.

Ob das allen, die „Refugees are welcome here“ rufen, bewusst ist?



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger
Aktuelles zur Völkerwanderung
am 29. Oktober 2015



Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.

*Ich wünsche mir eine öffentliche Diskussion über die aktuelle Völkerwanderung. **

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

** Die gemachten Ausführungen zur deutschen Flüchtlingspolitik stellen nur meine Meinung zu diesem Thema dar. Sie sind nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder sind vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*